

*US-Analysten schätzen die Muslimbrüder, die eigentlichen Gewinner des Arabischen Frühlings, sehr unterschiedlich ein, empfehlen der US-Regierung aber trotzdem, sich mit ihnen zu arrangieren.*

**LUFTPOST**

Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 129/12 – 14.07.12

## **Analysten meinen: Die USA haben keine Wahl, sie müssen sich mit den Islamisten arrangieren**

Von Jim Michaels

USA Today, 09.07.12

( <http://www.usatoday.com/news/world/story/2012-07-06/muslim-brotherhood/56068586/1> )

WASHINGTON – Nach Meinung von Analysten, die sich mit dem Mittleren Osten beschäftigen, sind die USA gezwungen, sich nach den Siegen islamischer Parteien in Ägypten und anderen arabischen Ländern mit Gruppierungen einzulassen, die ihnen bisher feindlich gesinnt waren.

"Den US-Amerikanern bleibt keine andere Wahl, als sich mit den Muslimbrüdern zu arrangieren," äußerte Shadi Hamid, ein Analyst des Brookings Centers in Doha. "Ich sehe dazu keine Alternative."

Der jüngste Triumph islamistischer Gruppierungen ist die im letzten Monat erfolgte Wahl des Muslimbruders Mohammed Mursi zum Präsidenten Ägyptens.

Auch in Tunesien, dessen Regierung von der islamistischen Partei Ennadha geführt wird, und in Libyen sind islamistische Gruppierungen sehr stark geworden.

**Obwohl die USA gute Beziehungen zu Regimen wie Saudi-Arabien unterhalten, deren Herrscherhäuser auch vom Islam geprägt sind, beginnt sich ihre Politik gegenüber islamistischen Gruppen, die solche traditionellen Regime vertreiben oder sie unter Druck setzen wollen, allmählich zu ändern.**

"In der Politik der USA gegenüber der Muslimbruderschaft ist ein grundlegender Wandel eingetreten," äußerte James Phillips, ein Analyst des Think-Tanks Heritage Foundation, der sich mit dem Mittleren Osten beschäftigt.

**Analysten für den Mittleren Osten sind geteilter Meinung darüber, ob die Politik der Obama-Regierung eine Gefahr ist und fehlschlagen wird oder einen pragmatischen Versuch darstellt, sich auf die schnellen Veränderungen in der arabischen Welt einzustellen. Viel hängt dabei davon ab, wie sie die Muslimbruderschaft einschätzen: Ist sie eine eher pragmatische Organisation, deren Führer Kompromisse eingehen werden, wenn sie an der Macht sind, oder eine extremistische Gruppierung, die sich – wie in Ägypten befürchtet werden muss – nur verstellt, um ihre wahren Absichten zu verbergen?**

Die Regierung George W. Bushs hat die Bruderschaft nach Phillips Meinung als "feindliche ideologisch geprägte Macht" angesehen. Die Obama-Regierung glaube, die Bruderschaft sei eine politische Kraft, mit der man zusammenarbeiten könne.

"Obama steht der Bruderschaft sicher offener gegenüber," glaubt Daniel Serwer, der Professor an der John Hopkins School of Advanced International Studies und Forscher des Think-Tanks Middle East Institute ist.

**Die Muslimbruderschaft ist eine vom politischen Islam geprägte Bewegung, die westliche Regierungsformen ablehnt, und ein politisches Spektrum abdeckt, das von den gemäßigten Islamisten in Jordanien bis zu der gewalttätigen Hamas in Gaza reicht. Mitglieder der Bruderschaft haben politische Parteien gegründet, um an die Macht zu kommen; im Arabischen Frühling ist es ihnen so gelungen, altgediente autoritäre Herrscher zu vertreiben und andere zu demokratischen Reformen zu zwingen.**

**Die US-Regierung hat wohl eingesehen, dass sie keine andere Wahl hat, als sich mit den in Ägypten gewählten Führern aus den Reihen der Muslimbrüder zu arrangieren, nachdem ihr langjähriger Verbündeter, der Diktator Hosni Mubarak, vertrieben wurde.**

**Jay Carney, der Sprecher des Weißen Hauses, hat mitgeteilt, die Obama-Regierung habe Kontakt zu neu entstandenen Parteien in Ägypten aufgenommen. Regierungsvertreter hätten sich bereits mit Führern der Muslimbrüder getroffen, und das Weiße Haus beurteile sie nach ihren Handlungen und nicht nach ihrer religiösen Einstellung.**

Dabei käme es vor allem auf wichtige Fragen wie die Bekämpfung des Terrorismus und die Sicherheit Israels an.

**Die Führung der Muslimbruderschaft hat signalisiert, dass sie die internationalen Verträge Ägyptens – auch den Friedensvertrag mit Israel – respektieren wird; einzelne einflussreiche Muslimbrüder fordern aber eine Überprüfung dieses Vertrages.**

**"Auf lange Sicht lehnen sie eine friedliche Koexistenz mit Israel ab," betonte Phillips.**

Es ist noch nicht geklärt, ob eine von der Muslimbruderschaft dominierte ägyptische Regierung bei der Bekämpfung des Terrorismus mit den USA zusammenarbeiten würde. Die Hamas, die von den USA und Europa als Terrororganisation eingestuft wird, ist ein Ableger der Muslimbruderschaft und lässt Israel weiterhin mit Raketen beschießen.

"Es wird wohl nicht so bleiben wie bisher," meinte Hamid (vom Brookings Center in Doha). "Sie werden die Ziele und Interessen der USA nicht so rückhaltlos unterstützen, wie Mubarak das getan hat."

**Die (in Ägypten verfolgten) politischen Absichten der Bruderschaft sind noch nicht klar erkennbar. Bei der Wahl des Parlaments und des Präsidenten haben sie die Rückbesinnung auf islamische Traditionen, ein Ende der Korruption und Unterdrückung und die Verbesserung der Lebensumstände der Millionen verarmter Ägypter versprochen. Mit ihren von religiösen Überzeugungen geprägten Wahlversprechen haben sie sich nach Ansicht von Analysten vor allem an die Arbeiterklasse und die verarmte Landbevölkerung gewandt, in einem weit stärkeren Maß als die nicht religiös ausgerichteten Parteien und als bekannte liberale Politiker aus den Städten.**

Die Liberalen seien nur in den Städten populär, hätten aber „Schwierigkeiten, Kontakte zur armen Landbevölkerung herzustellen", erklärte Hamid.

Nach Meinung von Analysten würde die Bruderschaft wahrscheinlich den Alkoholverbrauch einschränken und Jungen und Mädchen in den Schulen trennen. Mit noch restriktiveren Maßnahmen würden sie in Ägypten aber einen Rückschlag riskieren. "Deshalb werden sie zunächst nicht zu weit gehen," meinte Hamid.

**Die Muslimbruderschaft (Ägyptens) ist eine sozial eingestellte konservative Gruppierung, die nicht an einer strengen Auslegung des islamischen Rechts interessiert ist. Nach Einschätzung der meisten Analysten wird sie weder Dieben eine Hand abhacken noch Ehebrecherinnen steinigen lassen.**

**Einige Analysten befürchten aber, das Interesse der Muslimbruderschaft an der Demokratie werde erlöschen, sobald sie die politische Macht errungen hat; eigentlich verfolge sie die Absicht, das islamische Recht einzuführen und die Feindschaft zu Israel wiederzubeleben.**

**"Sie haben die taktische Entscheidung getroffen, mit Hilfe demokratischer Wahlen die Macht zu ergreifen," fasste Phillips zusammen. "Langfristig verfolgen sie aber immer noch sehr radikale Absichten."**

*(Wir haben den Artikel aus USA Today [s. [http://de.wikipedia.org/wiki/USA\\_Today](http://de.wikipedia.org/wiki/USA_Today) ], der erkennen lässt, dass die USA mit den Geistern, die sie von der CIA rufen ließen, auch ihre Probleme haben, komplett übersetzt und mit Ergänzungen in Klammern und Hervorhebungen versehen. Anschließend drucken wir den Originaltext ab.)*



## **Analysts: US has no choice but to deal with Islamic groups**

By Jim Michaels

July 9, 2012

WASHINGTON - The victories of Islamic parties in Egypt and elsewhere have forced the United States to embark on an untested strategy to engage with groups that have historically been hostile to American interests, analysts said.

"From a U.S. perspective, we have no choice but to deal with the Muslim Brotherhood," said Shadi Hamid, an analyst at the Brookings Doha Center. "I don't see what the alternative is."

In the latest triumph for Islamic groups, Mohammed Morsi of the Muslim Brotherhood was elected president in Egypt last month.

Islamist groups have also emerged strong in Tunisia, where the government is led by the Islamic party Ennahda, and Libya.

Although the United States has had good relations with regimes where political Islam is prevalent, such as Saudi Arabia, its policy toward Islamic groups that are ousting long-standing regimes or pressuring them to change is evolving.

"There's been a sea change in U.S. policy toward the Brotherhood," said James Phillips, an analyst at the Heritage Foundation.

Analysts are divided over whether the Obama administration's policy is a risk that will backfire or represents a pragmatic approach to rapidly changing events in the Arab world. Much depends on how the Muslim Brotherhood is viewed: whether it is a pragmatic organization whose leaders will compromise once in power or a group of extremists who are modifying their rhetoric to disguise their true intentions, analysts said.

The Bush administration viewed it as a "hostile ideological force," Phillips said. The Obama administration believes it can work with the Brotherhood as a political force, he said.

"It certainly has become more accepting of the Brotherhood," said Daniel Serwer, a professor at Johns Hopkins School of Advanced International Studies and a scholar at the Middle East Institute.

The Muslim Brotherhood is a movement that supports political Islam and opposes Western ideals of governance, spawning Islamic movements that range from the moderate in Jordan to violent jihadists such as Hamas in Gaza. Brotherhood members are forming political parties to vie for power as Arab Spring uprisings oust longtime rulers and pressure others to open up democratically.

The administration may feel it has little choice but to deal with elected Brotherhood leaders in Egypt, a country that had been a Middle East ally for years under dictator Hosni Mubarak, analysts said.

White House spokesman Jay Carney has said the Obama administration has "broadened our engagement" with emerging parties in Egypt. Administration officials have met with Muslim Brotherhood leaders, and Carney said the White House will judge such leaders on how they act, not on their religious affiliation.

Some question what engagement will bring, especially on matters of importance such as Israel's security and Muslim terrorism.

The Muslim Brotherhood's leadership has said it supports Egypt's international treaties - the peace treaty with Israel being one - but some Brotherhood leaders have suggested the treaty should be reviewed.

"They're hostile in the long run to peaceful coexistence with Israel," Phillips said.

It is not clear that a Muslim Brotherhood government in Egypt would cooperate with the United States on combating terrorism. Hamas, which the United States and Europe consider a terrorist organization, is an offshoot of the Muslim Brotherhood and continues to allow the firing of missiles into Israel.

"It's not going to be business as usual," Hamid said. "They're not going to go along with U.S. objectives and interests as Mubarak did."

The Brotherhood's political agenda has not been made clear. Its platform during the campaign for the parliament and the presidency consisted of calls to elevate Islamic traditions, end corruption and repression and boost the standing of Egypt's impoverished millions. Its religious platform and rhetoric appealed to working-class and poor Egyptians in a way that non-religious parties and liberal politicians from the city never could, some analysts say.

The liberals are popular in the cities "but have trouble connecting with ordinary Egyptians," Hamid said.

The Brotherhood would probably restrict alcohol consumption and segregate boys and girls in schools, analysts say. Anything more restrictive would risk a popular backlash in Egypt. "They're not going to go too far," Hamid said.

The Muslim Brotherhood is a socially conservative group but it is not interested in imposing a coercive interpretation of Islamic law that would include imposing penalties such as chopping off a hand for those convicted of theft or stoning adulterers, analysts said.

Some said the Muslim Brotherhood's commitment to democracy extends only to winning power and its intent is to impose strict Islamic justice at home and a new hostility toward Israel abroad.

"They made a tactical decision to use the democratic system to seize power," Phillips said. "Their long-term goals are still very radical."

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**